

Für Frieden und Deeskalation in der Ukraine



LINKE in Tempelhof-Schöneberg erfolgreich

DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg hat bei der Wahl des Europäischen Parlamentes ihr Stimmresultat gegenüber 2009 von 4.825 auf 11.657 erhöht. Bei gesteigerter Wahlbeteiligung steigerten wir uns von 5,1 auf 9,4 Prozent. Dafür bedanken wir uns bei allen Wählerinnen und Wählern und bei allen, die uns im Wahlkampf aktiv unterstützt haben.

Besonders gute Ergebnisse (über 16 Prozent) haben wir im Schöneberger Norden zwischen Bülowstraße, Potsdamer Straße, Großgörschenstraße, Monumentenstraße und Kolonnenstraße erzielt. Ebenfalls sehr gut (über 12 Prozent) haben wir rund um Kaiser-Wilhelm-Platz, Pallasstraße und auf der Roten Insel abgeschnitten. Überdurchschnittliche Ergebnisse (über 10 Prozent) gab es außerdem im westlichen Teil von Schöneberg entlang der Martin-Luther-Straße, im Bayrischen Viertel sowie im Fliegerviertel und im östlichen Teil von Tempelhof. Auf dem Durchschnitt (zwischen 9 und 10 Prozent) lagen wir in zwei Gebieten, die unterschiedlicher nicht sein könnten: in Friedenau und am Tirschenreuther Ring in Marienfelde. In den übrigen Teilen von Marienfelde blieben wir ebenso unterdurchschnittlich wie in Mariendorf (6 bis 8 Prozent) und Lichtenrade (4 bis 6 Prozent). Die Entwicklung der Stimmresultate zeigt, dass

die kommunale Verankerung in unserem Bezirk zu greifen beginnt. Das verdanken wir der Arbeit der Bezirksverordneten Harald Gindra und Elisabeth Wissel. Ihre Zusammenarbeit mit Initiativen gegen Bauprojekte und mit Mietern in Not wirkt sich aus: Wir werden für die Bürgerinnen und Bürger in ihren alltäglichen Auseinandersetzungen sichtbar und ein zunehmend wichtiger Partner. Die Motivation der Mitglieder, sich an den Wahlkämpfen zu beteiligen, ist auch deshalb vergleichsweise hoch.

Das gute Ergebnis für DIE LINKE in Tempelhof-Schöneberg (und in Neukölln und Kreuzberg) hat viel mit dem parallel stattfindenden Volksentscheid zu tun. Unser Bezirk hat die meisten absoluten Stimmen zum Erfolg des Volksentscheids beigetragen. Dass DIE LINKE den Volksentscheid unterstützt und dies auch sichtbar gemacht hat, hat ihr zusätzliche Sympathie eingebracht – besonders dort, wo das Interesse an der konkreten Fragestellung am größten war wie etwa am T-Damm.

Die Ergebnisse im Einzelnen zeigen, dass es sich lohnt, vor Ort präsent zu sein. Wo wir dauerhaft, auch zwischen den Wahlkämpfen, zu erleben waren, sind die Ergebnisse besonders gut. Wir wollen unsere Präsenz in allen Ortsteilen des Bezirks

verstärken: mit regelmäßigen Infoständen und Steckaktionen. Wir wollen uns bei der Entwicklung unserer Politik noch stärker auf vorhandene Anknüpfungspunkte zum politischen (lokalen) Umfeld beziehen. In Schöneberg und Tempelhof sind das v. a. die Wohnungsfrage und der Kampf gegen Verdichtung, im Süden des Bezirks z.B. Probleme mit der energetischen Sanierung, die Unterstützung der Menschen in der Flüchtlingsunterkunft in der Marienfelder Allee oder die Frage der Zugänglichkeit von Läden, Apotheken und anderen Dienstleistungen für Rollstuhlfahrer/innen.

Fortsetzung auf S. 5

Ich gehe wählen, weil Interventionen und Waffeneinsätze verhindert werden müssen! DIE LINKE!



Rathaus öffnen

Hier kurze Hinweise, wie man (derzeit) die Rathaus-Politik im Bezirk direkt beeinflussen kann. Der Arbeitskreis Kommunales und die Verordneten von DIE LINKE beraten und unterstützen Sie/Dich gerne dabei.

Einwohnerfragen zur BVV:

Zu jeder BVV-Sitzung können Einwohnerinnen und Einwohner am Anfang der Sitzung Anliegen öffentlich machen und eine Antwort vom Bezirksamt abfordern.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba.tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/frage.html>

Bürgerbegehren und

Bürgerbescheid:

Grundsätzlich sind Bürgerbegehren zu allen Themenbereichen möglich, in denen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlussberechtigt ist.

Näheres: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/info/mehr_demokratie.html

Eingaben und Be-

schwerden:

Probleme mit Entscheidungen der Verwaltung können als Petition an den BVV-Ausschuss eingereicht werden.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/formular.php>

Bürgerbeteiligung bei

Bebauungsplänen:

Bei neuen Bebauungsplänen sind Interventionen möglich.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/organisationseinheit/planen/bebauungsplaene.html>

BVV-Sondermittel:

„Zuschüsse für Vereine, Bürgerinitiativen und Projekte aller Art“.

Näheres: <http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/wissen.html>

BVV am 21. Mai 2014

Tempelhofer Feld: Wertung des Bezirksamts zu Bebauungsplänen des Senats

In einer Mündlichen Anfrage zum Beschluss (Drs 974) „Tempelhofer Feld moderat, behutsam und gemeinsam entwickeln“ vom 19.02.2014 forderte Herr Oltmann (Grüne) das Bezirksamt auf, die Stellungnahme des Senats zu kommentieren. Stadträtin Klotz (Grüne) zitierte aus dem Senatschreiben, dass eine urbane Mischung von Wohnen und Arbeiten ebenso ein zentraler Baustein der Planung sei wie der Standort Zentral- und Landesbibliothek. Dies schließe auch die am Rande liegenden Flächen mit den Kleingärten mit ein. In dem u. a. vorgesehenen Verkehrskonzept sei eine Neuordnung des Tempelhofer Damms nicht erforderlich. Dagegen sprechen die wesentlichen Eckpunkte des Bezirksamtes zu diesem Sachverhalt. Der Tempelhofer Damm wird u. a. für eine Wohnnutzung mit sieben, teilweise zehn Geschossen und einer zu erwartenden hohen Lärmbelastung und verkehrlichen Problemen als ungeeignet angesehen. Auch würde die Versorgung der neuen Wohnbevölkerung mit Kitas, Grund- und Oberschulplätzen und sonstiger sozialer Infrastruktur wenig berücksichtigt. Somit hat der Masterplan des Senats im Bezirk keine Begeisterung hervorgerufen. Es bleibt zu hoffen, dass dieser am 25.05. gekippt und in Zukunft bei Planungen mehr die Bevölkerung mit einbezogen wird.

Keine Chance für „Coffeeshops“ in Tempelhof-Schöneberg

Mit einem Ersetzungsantrag von DIE LINKE (Drs 1022) zum Ursprungsantrag der Piraten, dem dann die Piraten beigetreten sind, sollten u. a. die rechtlichen Voraussetzungen für einen „Coffeeshop“ im Bezirk geprüft werden. Hierzu wurden kleine Änderungen vorgenommen, da es vor allem einer bundespolitischen Regelung bedarf und auch der Senat seine Zustimmung geben muss. Dieses Thema „kontrollierte Abgabe von Cannabis-Produkten“ löste in der BVV eine heftige Debatte aus. CDU und SPD mauerten und stellen

sich nicht der gesellschaftlichen Wirklichkeit. DIE LINKE begründete den Antrag damit, dass eine kontrollierte Abgabe besser sei, als eine Kriminalisierung von jungen Leuten, die Cannabis rauchen; außerdem würde die kriminelle Dealerszene stark reduziert werden. Gleichzeitig müsse natürlich eine intensive Aufklärung über Gefahren und Auswirkungen von Cannabis betrieben werden, ebenso wie bei kontinuierlichem exzessivem Alkoholkonsum. In einer pluralen Gesellschaft lassen sich gesundheitsschädliche Einflüsse nicht durch Verbote verhindern. Der Ersetzungsantrag wurde namentlich abgestimmt, es gab 31 Nein-Stimmen, 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen.

TARSAP-Häuser im Schöneberger Norden auf dem Prüfstand

Alle Verordneten waren sich einig, indem sie der Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss: „Kaufoption durch städtische Wohnungsbaugesellschaften zu Wohnprojekten von der TARSAP im Schöneberger Norden anregen“ (Drs 1019) zustimmten. Der Ursprungsantrag von DIE LINKE hatte somit Erfolg. Das Problem wurde erkannt und der Antragsvorschlag als eine Lösung gesehen. Das Bezirksamt wird die städtischen Wohnungsbaubetriebe auffordern, mit der TARSAP in Kaufverhandlung bezüglich der Häuser Kulmer Straße 1-4 und Alvenslebenstraße 12 und 12a zu treten, und den Eigentumsübergang unterstützen. An den seit mehreren Jahren bestehenden mietrechtlichen Problemen (Verwahrlosung der Häuser, mehrmals androhte und erfolgte Wasser- oder Gasabstellungen, Schimmel, Unklarheit bei Mietnachzahlungen etc.) hat sich mit dem Verkauf an die TARSAP (Frühjahr 2013) nichts zum Positiven für die Mieter verändert. Die Unsicherheit ist eher größer geworden, dass sie durch reinen profitorientierten Verkauf der Häuser beziehungsweise der Wohnungen letztlich aus ihren Wohnungen verdrängt werden könnten. Natürlich muss die TARSAP einen Verkauf wollen und letztlich hängt alles vom Verkaufspreis ab.

Elisabeth Wissel

Gegen Spekulation mit bundeseigenen Immobilien

L06-BIMA-Beschluss.rtf / 2.100 Zeichen
Die bundeseigene Bundesanstalt für Immobilienaufgaben beabsichtigt in diesem Jahr 1.700 Wohnungen in Berlin im „Höchstbieterverfahren“ zu verkaufen. Darunter auch ein Gebäudekomplex in Nord-Schöneberg (Großgörschenstraße/Ecke Katzlerstraße) mit 48 Wohnungen. Professionelle Immobilienanleger überbieten sich derzeit mit kurzfristigen Aufkäufen, die in der Regel durchmodernisiert und als Eigentumswohnungen innerhalb weniger Jahre wieder veräußert werden.

Verdrängung der bisherigen Mieterschaft ist dabei Programm für höchste Rendite. Die BVV stellte sich einstimmig gegen diese Verkaufspolitik des Bundes.

BV Harald Gindra

Die Doppel-BVV: 17. und 18. Juni 2014

Unsere
Bezirksverordneten

Nachruhe für Lichtenrade findet keine Mehrheit

DIE LINKE. stellte den Antrag, dass sich das Bezirksamt für Maßnahmen zur Nachruhe für die Lichtenrader AnwohnerInnen des künftigen Flughafens BER (Nachtflugverbot, Verzicht auf eine dritte Startbahn, Schallschutz) einsetzt. Dies war die Reaktion auf einen erfolgreichen Volksentscheid in Brandenburg, der diese Punkte forderte. Allerdings zeigte sich die rot-schwarze Senatsmehrheit auch in der BVV: SPD und CDU lehnten den Antrag ab.

Eco-Mobility in TS: Zukunftsweisend, aber nicht durchdacht

Die Grünen stellten den Antrag auf ein „Eco-Mobility-Festival“ in einem Kiez von TS. Das hätte bedeutet, dass angrenzende Autos auf Parkplätze außerhalb des Bezirks gestellt hätten werden müssen, sodass nur noch Elektroautos in dem Kiez fahren können. In der BVV wurde zurecht moniert, dass dieses Konzept auf diese Weise an der Lebensrealität der BürgerInnen vorbei geht, zumal E-Fahrzeuge teuer und zahlreiche BürgerInnen einfach auf das Auto angewiesen sind. Mit sozialer Verträglichkeit hat das wenig zu tun. Deswegen wurde der Antrag abgelehnt. Jedoch muss Berlin sich Gedanken über die Zukunft der Mobilität machen - allerdings haben sich SPD und CDU einer Überweisung in einen Ausschuss verwehrt.

Und sie bewegen sich doch! Gemeinsamer Beschluss zu den BImA-Häusern

Die BVV „appelliert an den Deutschen Bundestag, die Zielvorgaben der Verkaufspolitik der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) - insbesondere bei der Veräußerung von Wohnimmobilien

- dringend zu verändern“ (Drs. 1133/XIX). Hintergrund: Der Verkauf der Häuser u.a. in der Großgörschen- und Katzlerstraße, deren Verkauf laut der entsprechenden Bürgerinitiative GroKa eine Mieterhöhung von 130% für die MieterInnen nach sich ziehen kann. Eine Verhandlung mit der städtischen Gewobag ist gescheitert, weswegen die Häuser nach dem Höchstbieterverfahren veräußert werden. Hier zeigt sich wieder einmal die Gentrifizierung. Nachdem einige Betroffene im Kommunalen Arbeitskreis der Linken sich geäußert haben, legten die Verordneten Wissel und Gindra den Antrag an die BVV vor. Dieser stieß eine Debatte bei den anderen Fraktionen an, so dass die BVV einstimmig an den Bundestag appelliert, das Bieterverfahren auszusetzen und die Verkaufsvorgaben so zu ändern, dass untersagt wird, mit dem Gemeineigentum Spekulationsgewinne zu realisieren. Abzuwarten bleibt, ob dieser Appell symbolisch bleibt oder tatsächlich Wirkung zeigt.

Annedore und Julius Leber mit einer Steckdose gedenken - nein danke!

Die BVV lehnte einen entsprechenden Antrag der CDU mit Stimmen der LINKEN, Grünen und SPD ab, die als „Gedenkzeichen“ für die WiderstandskämpferInnen eine Steckdose bzw. nach Meinung des BV Ickes einen USB-Anschluss einrichten wollen. Den antifaschistischen Widerstand mit Elektrosymbolen andeuten? Hier beginnt sich Kunstfreiheit in eine Verzerrung der Tatsachen zu verwandeln. Das entschiedene Nein der BVV war richtig!

Martin Rutsch



Elisabeth Wissel

Telefon: 01577 34 62 721
wissel.elisabeth@googlemail.com



Harald Gindra

Tel: 01525 45 25 000
Linke.bvv.ts@googlemail.com

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg,
Raum 2115

Tel: 030/ 90 2 77 4898

Sprechstunde:
Mittwochs 15 - 17 Uhr

Arbeitskreis

Kommunales (AKK)
In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

Akk-Termine:

Sitzungsvorbereitung:
Mo. 21.07., um 19 Uhr, im Rathaus Schöneberg, Raum 2115.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Macht Pause - (Erst Ende August wieder.)

Dokumentiert

Beschluss der BVV vom 18.6.14

Die Bezirksverordnetenversammlung appelliert an den Deutschen Bundestag, die Zielvorgaben der Verkaufspolitik für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) - insbesondere bei der Veräußerung von Wohnimmobilien - dringend zu verändern.

Der Bundestag ist gefordert, der BIMA das Bieterverfahren zum Höchstgebot zu untersagen, damit Verkäufe von Wohnimmobilien nicht dazu führen, dass Kaufpreise durch extrem steigende Nettokaltmieten refinanziert werden. Bieterverfahren für Wohnimmobilien müssen soziale und stadtentwicklungspolitische Belange berücksichtigen und für bestandsorientierte Investoren finanzierbar bleiben.

Die Bezirksverordnetenversammlung fordert die BIMA auf, das Bieterverfahren für die Großgörschenstraße/Katzlerstraße so lange

auszusetzen, bis die neuen Zielvorgaben beschlossen worden sind.

Begründung:

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) ist ein öffentliches Unternehmen des Bundes und eine der größten Immobilieneigentümerinnen Deutschlands. Als öffentliches Unternehmen folgt sie in ihrer Verkaufspolitik den Zielvorgaben, die ihr vom Deutschen Bundestag gesetzt werden.

Mit dieser Willensbekundung macht die Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg noch einmal deutlich, dass der Bundestag in der Pflicht ist, die Zielvorgaben für die Verkäufe von Wohnimmobilien zu modifizieren und sich vom Primat des Höchstbieterverfahrens zu verabschieden.

Hallo Allerseits, die [Berliner Morgenpost](#) stellt bei „schwerer und gefährlicher Körperverletzung“ ein paar Auffälligkeiten fest, die sich nicht so einfach erklären lassen.

„...Anders als die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) macht der Kriminalitätsatlas durch die präzisere räumliche Zuordnung der Straftaten Veränderungen in einzelnen Kiezen deutlich. Zu den negativen Beispielen von Wohngebieten mit stark steigenden Fallzahlen zählen etwa die Bereiche Schöneberg Süd (plus 25,2 Prozent mehr Fälle von schwerer/gefährlicher Körperverletzung), Tempelhof (plus 20,2) und der Norden Schönebergs (plus 10,2 Prozent). Der Norden Schönebergs, also Wohngebiete südlich des Nollendorfplatzes und entlang der Potsdamer Straße, hatte bereits 2012 im Bezirk die höchste Belastung und wurde im Vorjahr erneut deutlich gefährlicher. All das belegt der Kriminalitätsatlas 2014, der am Montag offiziell vorgestellt wird und der Berliner Morgenpost bereits vorliegt. (...)

Die Gründe dafür können mit dem vielfältigen Nachtleben, hoher Touristenfrequenz und zahlreichen Veranstaltungsorten in den Absteiger-Kiezen allein wohl kaum erklärt werden. Speziell im Stadtteil Tempelhof können die genannten Attribute für den alarmierenden Zuwachs nicht geltend gemacht werden.

Berlinweit sind dagegen mit 10.341 Fällen schwerer Körperverletzung immerhin 7,1 Prozent weniger Taten als 2012 verübt worden.“

Gentrifizierung auf der Roten Insel

Private Eigentümer von Wohnhäusern haben derzeit gegenüber Mietern keine Skrupel, ihr Wohneigentum auszunutzen. Sie nutzen niedrige Zinsen für Bankdarlehen und vor allem die extreme Wohnungsnot, um ihre Wohnungen zu modernisieren und anschließend so teuer wie möglich zu vermieten oder gar zu verkaufen. Die Gesetzeslage macht es ihnen möglich, die Mieten nach oben zu treiben. Ob die Mieter dies mittragen können oder wollen, interessiert sie nicht, was zählt, ist der Profit. Immer mehr Mieter wehren sich dagegen, sie suchen die Öffentlichkeit, brauchen aber auch rechtlichen Beistand, um diesen unverfrorenen Ansprüchen entgegenzutreten. So berichtete uns ein Mieter aus der Leberstraße, dass in seinem Haus Modernisierungen durchgeführt werden sollen und ihm anschließend eine obskure Mieterhöhung von 450 Euro droht. Bei einem Mietertreffen, zu dem DIE LINKE eingeladen war, war zu erfahren, dass auch die anderen acht Familien in diesem Haus diese drastische Mieterhöhung nicht mittragen können und wollen. Den Mietern sollen sieben Modernisierungsmaßnahmen aufgezwungen werden. Angefangen bei der energetischen Sanierung, Fahrstuhlneubau, Anbau von Balkonen etc. bis zum Ausbau des Dachgeschosses. Zwar gilt ab Sommer in verschiedenen Gebieten in Schöneberg die soziale Erhaltungssatzung, die bestimmte Modernisierung untersagen kann, jedoch ist die Rote Insel leider nicht einbezogen. Dies könnte sich jedoch bald ändern, denn das

Bezirksamt will auch für die Schöneberger Insel die Voraussetzungen hierfür prüfen. Greifen würde die Erhaltungssatzung dann erst 2015, das ist natürlich für die betroffenen Mieter viel zu spät. In der Zwischenzeit versuchen die Anwälte der Mieter, die Modernisierungs-Ankündigungen genauestens unter die Lupe zu nehmen und die überzogenen Forderungen zu minimieren. Ob dies bei einigen Maßnahmen gelingt, ist schwer einzuschätzen. Aber die Mieter sind sich einig, sie kämpfen dagegen an, denn es geht um ihre Existenz. All die sogenannten Luxus-Modernisierungen, wie jetzt auf der Roten Insel, sind nur die Spitze des Eisberges von Mieterproblemen, die in der Öffentlichkeit überhaupt noch nicht thematisiert werden. Viele Mieter resignieren auch einfach und hoffen, in einem nicht innerstädtischen Gebiet eine kleine bezahlbare Wohnung zu finden. Für die Mieter in der Leberstraße steht eine harte psychische Zerreißprobe bevor: Die belastenden Auseinandersetzungen mit dem Vermieter, Lärm und Schmutz, die ertragen werden sollen, bei keinerlei Ausweichmöglichkeit. Dies alles soll auch Kindern und auch Menschen im Rentenalter zugemutet werden. DIE LINKE fordert ein Mietrecht, bei dem Mieter u.a. mehr Mitspracherecht bei Modernisierungen haben müssen. Wohnen ist ein fundamentales Grundrecht und darf nicht zur Bereicherung und Spekulation von Eigentümern dienen.

Elisabeth Wissel

BIMA-Häuser-Protest: Großer Erfolg



“Großer Bahnhof“ bei den BIMA-Häusern in Nord-Schöneberg am Samstag Vormittag. Bei dem Kiezspaziergang u.a. dabei die Bundestagsabgeordnete Azize Tank (LINKE), Renate Künast, Mechthild Rawert und Sven Schulz, zahlreiche Mitglieder des Abgeordnetenhauses und Bezirksverordnete, sowie der SPD-Vorsitzende Jan Stöss. Gefehlt hat Dr. Luczak (CDU, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz)

und in seiner Funktion auch bei Veränderungen des Mietrechts aktiv. Deutlich wurde eine große Unterstützung der BIMA-Mieter gegen einen Spekulationsverkauf zum Höchstgebot. Aber es muss schnell reagiert werden, der Haushaltsausschuss kann den konkreten Verkauf stoppen, der Bundestag könnte die Verkaufsvorgaben für die BIMA ändern. Die Beteuerungen der mitregierenden SPD sich für einen sozialverträglichen Verkauf einzusetzen, werden jedenfalls genau beobachtet werden. Bei einem kürzlichen Verkauf einer BIMA-Liegenschaft in Friedrichshain war sie jedenfalls eingeknickt (für 15,75 Millionen Euro ein 10.381 Quadratmeter großes bundeseigenes Grundstück). Deshalb muss man auch eine Stellungnahme von MdB Luczak einfordern, oder wird die CDU wieder Änderungen der BIMA-Verkaufspolitik blockieren?

In Facebook von HG-BVV-Seite

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

Für Frieden und Deeskalation in der Ukraine

Beschluss-Nr.: 2014/215

Beschluss des Parteivorstandes vom 25./26. Mai 2014

Heraus zum 31. Mai - keine Unterstützung von rechtsextrem, verschwörungstheoretisch und antisemitisch durchgesetzten Veranstaltungen der sogenannten Friedensbewegung 2014

1. DIE LINKE unterstützt mit allem Engagement die Aktivitäten der Friedensbewegung und der antimilitaristischen Initiativen gegen Krieg und jede weitere Eskalation des Konflikts in der Ukraine. DIE LINKE steht an der Seite aller Menschen, die sich aus Sorge um eine weitere Eskalation im Ukraine-Konflikt friedenspolitisch engagieren und ihren Protest auf die Straße tragen. Deshalb unterstützen wir jeden Ansatz für Antikriegsbündnisse und Zusammenarbeit mit Basisinitiativen, Friedensgruppen und anderen demokratischen Kräften, um dem Friedenswillen öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Gemeinsam mit der Friedensbewegung rufen wir dazu auf, am 31. Mai auf die Straße zu gehen und für eine friedliche Lösung in der Ukraine zu demonstrieren. Grundlage unserer Aktivitäten ist unser Beschluss vom letzten Bundesparteitag. Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Ukraine wird noch lange anhalten und damit auch die Kriegsgefahr. Der Parteivorstand berät mit den Landes- und Kreisverbänden bundesweite Aktionstage für eine friedliche Lösung der Ukraine-Krise, gegen Rüstungsexporte und für die Demilitarisierung der deutschen und EU-Außenpolitik. Ein Schwerpunkt dabei soll auf dem 1. September, dem Anti-Kriegstag liegen.

Fortsetzung von S. 1

LINKE in Tempelhof-Schöneberg erfolgreich

Die Eröffnung des Wahlkreisbüros der Abgeordneten Azize Tank in der Grunewaldstraße eröffnet neue Möglichkeiten, sich noch stärker in solche Auseinandersetzungen einzumischen – gemeinsam mit den Betroffenen.

Bei aller Freude über das eigene gute Ergebnis: Die Erfolge der rechten Parteien in Europa und der AfD in Deutschland müssen uns zu denken geben. Wie verstärken wir den Kampf gegen rechts im Bezirk zusammen mit anderen Akteur/innen? Dazu gehört auch unsere weitere Unterstützung für die Gedenkarbeit. Wie gewinnen wir die Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Prekären, die dieses Mal z.B. die AfD oder gar nicht gewählt haben, (wieder) für DIE LINKE? Es ist für DIE LINKE zentrale Aufgabe, die Menschen, deren Interessen wir vertreten wollen, so anzusprechen, dass sie ihre Interessen bei uns gut vertreten sehen. Und wie schaffen wir es, dass diese Gruppen untereinander solidarisch mit uns gemeinsam in sozialen Auseinandersetzungen im Bezirk und stadtw

2. DIE LINKE distanziert sich unmissverständlich von Aktivitäten von Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten, die die Sorge vor Krieg und Eskalation zum Anlass nehmen, um auf „Montagsmahnwachen“ oder „Montagsdemonstrationen“ rechtspopulistische Welterklärungsmuster und „Querfront“-Strategien salonfähig zu machen. Waren viele Redebeiträge zwar ob ihrer kruden Rhetorik und Thematik verstörend, so sind wir doch nicht der Meinung, alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesen Demonstrationen aufgrund einzelner Stimmen verurteilen zu können. DIE LINKE wird mit diesen Kräften ganz grundsätzlich nicht zusammenarbeiten. Was als „überparteilich“ dargestellt wird, ist am Ende nicht selten die Propagierung von Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Homo-/Transfeindlichkeit. Das lehnen wir ohne Wenn und Aber ab.

3. DIE LINKE wird alles unternehmen, um durch Aufklärung und Informationsarbeit auf den rechtspopulistischen Charakter dieser Veranstaltungen und der Rhetorik der Organisatoren der „Montagsdemonstrationen“ hinzuweisen. Anstatt der Verklärung und Verwischung der existierenden Widersprüche in unserer Gesellschaft den Boden zu bereiten, setzen wir auf einen klaren Trennungsschritt gegenüber den unter „Kapitalismuskritik“ firmierenden rechten und neurechten Ideologien. Diese sind letztlich nichts anderes als die Konstituierung von „Sündenböcken“ in der Rhetorik der Kapitalistenkritik, die auch im rechten und nationalistischen Diskurs eine lange Tradition hat.

aktiv werden? Ohne breite Bündnisse lassen sich keine grundlegenden Veränderungen erkämpfen!

Mit dem zweiten Ergebnis in Folge um die 10 Prozent wächst auch unsere Verantwortung: für die Entwicklung der Landespartei, für die Wähler/innen in Tempelhof-Schöneberg, für die sozialen Initiativen im Bezirk. Die Zusammenstellung der Kandidat/innen für unsere Bezirksliste für die nächste BVV-Wahl 2016 muss der gewachsenen Wahrnehmung und wachsenden Ansprüchen an uns gerecht werden. Auf die erfahrenen Kräfte können wir dabei nicht verzichten. Daneben wollen wir Vertreter/innen lokaler Initiativen und aktive Bürgerinnen und Bürger, die in Bereichen wichtiger sozialer und stadtpolitischer Auseinandersetzungen aktiv sind, herzlich dazu einladen, sich an unserem Wahlkampf zu beteiligen, auch für uns auf aufsichtreichen Plätzen zu kandidieren. Alle sind eingeladen, unser Kommunalwahlprogramm mitzugestalten.

Alexander King, Carsten Schulz

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

**BUND-Info 15/26.
Mai 2014**

Der Berliner Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat sich bei den Berlinerinnen und Berlinern für das überwältigende Votum für 100 % Tempelhofer Feld bedankt. Mit der Entscheidung werde die einzigartige Freifläche im Herzen der Stadt für Freizeit, Erholung und Natur gesichert und als identitätsstiftender Ort für Berlin bewahrt. Zugleich sei es ein Votum für eine dialogorientierte Stadtentwicklung gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Tilmann Heuser, Landesgeschäftsführer des BUND Berlin: „Mit dem erfolgreichen Volksbegehren hat die Initiative 100 % Tempelhofer Feld den Nerv der Berlinerinnen und Berliner getroffen. Das Tempelhofer Feld ist als identitätsstiftender Ort der Berliner Geschichte, seiner außerordentlichen ökologischen und stadtklimatischen Bedeutung sowie seinen vielfältigen Möglichkeiten für Erholung, Freizeit und Sport unvergleichbar mit anderen Grünflächen. Die Wählerinnen und Wähler haben die Planungen Senates abgelehnt, weil die geplante Randbebauung und Parklandschaft den einzigartigen Charakter des innerstädtischen Flughafengeländes mit seiner offenen Wiesenlandschaft unwiderbringlich zerstören würde. Mit ihrem Votum haben sie auch deutlich gemacht: Stadtentwicklung geht nur gemeinsam. Der gewonnene Volksentscheid bietet jetzt die Chance, zusammen die vielfältigen Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung Berlins zu nutzen.“

Tilmann Heuser

Immer noch 3,7 Millionen Arbeitslose Zeit zu handeln statt zu tricksen

...Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. (...) Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im Mai 2014 sind immer noch 3,7 Millionen Menschen arbeitslos. Zeit zu handeln statt zu tricksen. Darüber hinaus tauchen 603.000 nicht-erwerbstätige Personen – die sog. stille Reserve¹ – in keiner Arbeitslosenstatistik auf, weil sie sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und sich nicht (mehr) als arbeitslos registrieren lassen.

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im Mai 2014

Offizielle Arbeitslosigkeit	3.704.972
2.882.029	
Nicht gezählte Arbeitslose:	
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II ⁰	189.767
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	97.284
Förderung von Arbeitsverhältnissen ²	8.534
Fremdförderung	97.450
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	21.408
Berufliche Weiterbildung	163.101
Aktivierung und berufliche Eingliederung (z.B. Vermittlung durch Dritte)	161.604
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	4.150
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	40
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III)	79.645
Nicht gezählte Arbeitslose gesamt	822.943

Quelle: BfA Bericht Mai 2014, S. 70;

⁰Die dort aufgeführte alters- und zeitliche Teilzeit sowie Gründungszuschüsse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt, sowie die auf Grund verschiedener rechtlicher Regelungen (§428 SGB III, 65 Abs. 4 SGB II, 53a, Abs. 2, SGB II u.a.) nicht als Arbeitslose zählen.

¹IAB Kurzbericht 04/2014 Seite 10; Stille Reserve im engeren Sinn. Prognose 2014

²Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen wurde zum April 2012 das bisherige Instrument (...) zur Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) verbunden.

6 DIE LUPE Juni-Juli 2014

Jobcentervermittlung: Sittenwidrige Löhne, mit Duldungssystem

Offensichtlich haben die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter wenig Interesse, sittenwidrigen Beschäftigungen einen Riegel vorzuschieben. Pressemitteilungen bringen es immer wieder zum Vorschein, dass in diesem Bereich noch allzu viel im Argen liegt. Um diese unhaltbaren Zustände zu beenden, müssten mehr Anstrengungen seitens der Jobcenter, der Arbeitsagentur und des Senats unternommen werden, als dies bisher der Fall ist. So entscheiden letztendlich allein die Jobcenter, ob und wann gegen zu geringen Lohn vorgegangen wird.

Zur Sittenwidrigkeit bei Löhnen gibt es gerade von der herrschenden Politik keine klare Aussage. Während beispielsweise von den Sozialgerichten und den Gewerkschaften klar geregelt ist, dass eine Sittenwidrigkeit dann vorliegt, wenn die Arbeitsvergütung nicht einmal zwei Drittel eines in der betreffenden Branche und Wirtschaftsregion üblicherweise gezahlten Tariflohns erreicht. Meist sind es nur Stichproben der Jobcenter oder Gerichtsurteile, die diese Ungerechtigkeit aufdecken.

Laut einer Dienstanweisung der Bundesagentur für Arbeit gelten erst Stundenlöhne von »deutlich unter drei Euro« als sittenwidrig, d.h. erst dann werden Jobcenter aufgefordert, aktiv zu werden. Durch diese Vorgaben werden Unternehmen förmlich zum Lohndumping ermutigt. Nach der Skandalisierung in den Medien wird nun in Berlin verstärkt nach Lösungen gesucht, um sittenwidrige Löhne zu unterbinden. So arbeitet die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg seit November 2013 an einer Verfahrensoptimierung. Demnach „würden alle Verdienstbescheinigungen bei Neu- und Weiterbewilligungsanträgen geprüft“. Aber es wird keine Statistik über Verstöße bei sittenwidrigen Löhnen geführt und es werden auch keine Beratungen seitens der Jobcenter für die Arbeitssuchenden angeboten. Obwohl es laut SGB (Sozialgesetzbuch) vorgeschrieben ist, Arbeitssuchende über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären, wird dies nicht eingehalten. Viel zu wenige Jobcenter-MitarbeiterInnen, die selbst nur befristet angestellt sind, fürchten, eine fehlerhafte Auskunft zu geben und haftbar gemacht zu werden. Sie verweisen bei Nachfrage eines „Kunden“ an die Gewerkschaften, was unzulässig ist. Nur so lässt sich u.a. der Missbrauch bei unterbezahlten Löhnen erklären, was manche Unternehmen zu einem dubiosen „Geschäftsmodell“ entwickelt haben. Ein Deal zum Nachteil der ArbeitnehmerInnen und zu Lasten der Allgemeinheit. Nach einer Studie von Markus Wahle (Berliner Arbeitslosenzentrum ev. Kirchenkreise) bezieht jeder dritte Beschäftigte – und in den östlichen Bundesländern sogar jeder zweite – ergänzende Leistungen vom Jobcenter bei Löhnen unter 5 Euro. Allein in Berlin sind es über 105.000 ArbeitnehmerInnen

und Arbeitnehmer, die ergänzende Leistungen bekommen, weil sie von ihrem Lohn nicht leben können, davon fast 55% sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Nach der Studie ist trotz sinkender Arbeitslosenzahl die Zahl der Aufstocker nicht zurückgegangen. Symptomatisch heißt es in solchen Verträgen: „Entgelt nach Vereinbarung“. Offensichtlich sieht die Ausländerbehörde bei dieser Nebelformulierung genauer hin; ein/e Ausländer/in, die/der hierzulande einen dauerhaften Erwerbsstatus erlangen möchte, muss zwingend ein Erwerbseinkommen ohne Aufstockung nachweisen. Dass sich generell an diesem Missstand sittenwidriger Löhne etwas verändert, muss auch vorrangige Aufgabe der Gewerkschaften sein. Die nur alle drei Monate stattfindenden Beiratssitzungen sind bei der Behebung dieses Übels offenbar bisher nur zaghafte Vorankommen. Vorschläge des DGB, z.B. innerhalb der Jobcenter eine interne Statistik zu führen oder eine gute Informationsver-zahnung (z.B. zu Tarifregister) zu erlangen, wäre immerhin schon einmal ein guter Anfang. Dem folgen müssten die obligatorischen Beratungsangebote, für die jedoch der Senat keine Notwendigkeit sieht, wie die Abgeordnete Elke Breitenbach (DIE LINKE) kritisiert. Durch die Deregulierung der Arbeit wird es noch lange dauern bis wirklich eine umfassende Kontrolle, Beratung und eine umfassende Verbesserung gerade im Niedriglohnbereich erreicht werden. Kuschelkursartig sich mit Arbeitgebern im Rahmen von Ermahnungen zu verständigen, reicht nicht aus: Die Sanktionsmöglichkeiten, welche die Gesetzeslage gegen Dumpinglöhne hergibt, müssen ausgeschöpft werden.

Elisabeth Wissel

Computer nach Cuba!

Wir benötigen:

PCs ab 1 GHz, Flachbildschirme ab 19 Zoll, Arbeitsspeicher, Festplatten, Grafikkarten, Laser- und Nadeldrucker und Verpackungen

Sammelstelle:

Der Rote Laden, 10249 Berlin, Weidenweg 17, (nach tel. Rücksprache 426 26 87)

Infos: www.die-linke.de/kpf/cnk
Kontakt: kpf@die-linke.de

Telefon: +49 (030) 24 00 94 55 – Büro Cuba Si
FAX: +49 (3221) 23 46 64 0

Ein Projekt der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE. und der AG Cuba Si

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

Sinn und Hoffnung am Tag der Stadtnatur



In vielen Teilen Berlins kommt an einem Tag im Juni der Stadtnatur besondere Bedeutung zu, so beispielsweise in unserem Bezirk bei der Marienfelder Feldmark. Interessierte und LokalpolitikerInnen können sich an diesem Tag informieren, aber auch ihr Engagement kundtun für eine nachhaltige Entwicklung für Mensch und Natur. Besondere Verdienste kommen dabei der Bürgerinitiative zugute, die die vereinbarten Ziele bei der Umsetzung der Agenda 21, ein „Aktionsprogramm für das nächste Jahrhundert“ als gemeinsame Aufgabe von PolitikerInnen und bürgerlichem Engagement immer wieder einfordert. Dazu gehört eine nachhaltige Stadtentwicklung wie beispielsweise der Erhalt von Grünflächen,

weniger Verkehr, aber auch soziale Verbesserungen, z.B. in der Bildung und Verhinderung von Arbeitslosigkeit. In Lichtenrade werden u.a. die Untertunnelung der Dresdner Bahn durch Lichtenrade, Lärmschutzmaßnahmen gegen die geplanten Flugrouten nach Fertigstellung des Großflughafens oder auch die Festsetzung der Marienfelder Feldmark als Landschaftsschutzgebiet gefordert, welches immer noch als Bauland gilt.

Die Leitidee „Global denken, lokal Handeln“ entstammt der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen, die im Juni 1992 in Rio de Janeiro stattgefunden hatte. Dort wurde von 179 Staaten ein Programm für die Zukunft verabschiedet. Auch Deutschland hat sich dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. „Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und Internationale Verantwortung“ sollen zu den zentralen Leitlinien gehören. Und zur EU-Strategie verspricht man neben „nachhaltiger Entwicklung und internationaler Gerechtigkeit: Klimawandel, nachhaltiger Verkehr, nachhaltiger Konsum, nachhaltige Produktion,

Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, Gesundheit, soziale Eingliederung, Demografie und Migration sowie globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und nachhaltige Entwicklung“. Zwischen den hehren Zielen und Wünschen und der Realität klafft jedoch eine große Lücke. National findet verstärkt eher eine Polarisierung der Gesellschaft in arm und reich statt, und in den internationalen Beziehungen spielen Profit-Interessen und Wettbewerb sowie hemmungsloses Wachstum die zentrale Rolle. Und auch die Steigerung von Waffenverkäufen in alle Teile der Welt entspricht keinesfalls der internationalen Verantwortung. Tatsache ist, dass Bürgerinnen und Bürger überall in Europa und vor Ort für die Umsetzung der Versprechungen kämpfen müssen. Sei es für den Erhalt des Tempelhofer Feldes, gegen die Gentrifizierung der Innenstadt oder für faire Löhne und vieles mehr. In Tempelhof-Schöneberg sind noch viele Aufgaben zu bewältigen, denn den Bürgerinnen und Bürgern wird nichts geschenkt: Sozialinteresse muss endlich vor Profitwirtschaftskahlschlag gehen.

Elisabeth Wissel

„Begegnungszone“ Maaßenstraße - gegen Anwohnerinteressen

Nach der Beschlussempfehlung (Drs 990) der letzten Bezirksverordnetenversammlung (BVV) soll die Maaßenstraße in Schöneberg nach einem Pilotprojekt verkehrsberuhigt umgestaltet werden, was jedoch so nicht auf die Gegenliebe der meisten Anwohner stößt. DIE LINKE hat die Vorstellungen der Anwohner aufgegriffen und in einem Ersetzungsantrag eingebracht, dem auch die CDU, mit ihren Argumenten, beigetreten ist. Die Maaßenstraße muss vor allem den Anwohnern gerecht werden, dazu gehört nicht nur die Verbesserung der Verkehrssituation, sondern auch Abhilfe bei sonstigen negativen Belastungen in der Straße. Das Hauptproblem ist nach Angaben der Anwohner der Lärm durch die ausufernde Gastronomie und der unakzeptable Gestank ihrer ungeordnet entsorgten überquellenden Lebensmittelreste in den Innenhöfen. Es bedarf hier einer Einschränkung der Außengastronomie und entsprechender Auflagen

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

vom Ordnungsamt. Dieses wäre wichtig für ein Gesamtkonzept, um die Maaßenstraße auch für die Anwohner attraktiver zu gestalten. Mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung und Fahrbahnswellern könnte die Straße verkehrsberuhigt und wieder sicherer und geräuschärmer geplant werden. Durch eine Einschränkung der Außengastronomie und der Verlegung des Fahrradweges gäbe es auch wieder mehr Platz für die Fußgänger. Stattdessen setzt die SPD (in ihrem Ursprungsantrag) auf die teurere Variante der Senatspläne, nach denen für 200m Straße 700.000 Euro investiert werden sollen, die im Bezirk insgesamt besser angelegt werden könnten. Auch wenn das Geld für das Pilotprojekt vom Senat kommt, sind es Steuergelder, und nicht alles was teuer ist, ist auch gut und sinnvoll. Dazu gehören u.a. eine Fahrbahnverschwenkung und ein neuer Straßenbelag. Ärgerlich für die Anwohner ist auch der Wegfall der Parkplätze in einem Gebiet, in dem

es insgesamt schon schwierig ist, sein Fahrzeug abzustellen. Als LINKE sind wir nicht gegen weniger Autos in der Innenstadt, jedoch müssten dazu natürlich andere Maßnahmen, statt des Wegfalls von Parkplätzen, umgesetzt werden. Wichtiger wäre, den öffentlichen Nahverkehr noch attraktiver zu gestalten, etwa durch billigere Tickets beziehungsweise Nulltarif. Ob die „Begegnungszone“ Maaßenstraße letztlich so wie vorgesehen umgesetzt werden kann, wird sich erweisen, denn versprochenes Geld muss nicht in der Summe eingehalten werden, auch für die Straßenverkehrsordnung wäre es etwas völlig Neues, und die hat in dieser Angelegenheit wohl das letzte Wort.

Elisabeth Wissel

DIE LINKE.

Tempelhof - Schöneberg

Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Öffnungszeiten:
Mo., Di., Do., 11 - 18 Uhr
Fr. 11 - 15 Uhr
Telefon: 21 99 71 40
Fax: 217 29 26
e-Mail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Webseite:

www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine in der Roten Insel

Mitgliederversammlung:

17.07. um 19 Uhr

Bezirksvorstand

Telefonisch erfragen

Basisorganisationen:

BO Schöneberg

14.07. um 19 Uhr

BO Tempelhof

03.07. um 19.30 Uhr,

im Vereins Eck

BO Arbeit-Soziales

25.08., 19 Uhr

Arbeitskreis

Kommunales (AKK)

siehe bitte S. 3

Sondertermine:

Inselgespräche

12.07. um 15 Uhr

Bürgersprechstunde mit Azize Tank

08.07., 14-16 Uhr

Stammtischtreffen

16.30 Uhr, Restaurant

»Baba Angora«, Goltz-

straße 32, 10781 Berlin

nur mit Anmeldung!

(Siehe Wahlkreisbüro)

Rechtsberatung

mit Rechtsanwalt

Claus Förster, je

2. u. 4. Di. 11-14

Uhr in der »Roten

Insel«, Feurigstraße

68 (S1 Julius-Leber-

Brücke), sowie Je 1.

u. 3. Do. 16-18 Uhr

Grunewaldstr. 73,

10823 Berlin, (U7

Eisenacherstraße)

Politik, Sonne, Kultur und gute Laune: Eröffnung des Wahlkreisbüros Tempelhof-Schöneberg von Azize Tank

22.Mai. 2014 | Wahlkreis

Bei strahlendem blauen Himmel, einem international anspruchsvollen Kultur-Programm zwischen E-Geige und orientalischer Saz sowie Grußworten von Gregor Gysi, Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Petra Pau Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages, Angelika Schöttler Bezirksbürgermeisterin Tempelhof-Schöneberg SPD und anderen fand am 22. Mai die Eröffnung des Wahlkreisbüros Tempelhof-Schöneberg der Bundestagsabgeordneten Azize Tank statt.

Azize Tank setzt sich im Bundestag als Sprecherin für Soziale Menschenrechte, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie dem Unterschuss „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ nicht nur für die sozialen und kulturellen Belange ihres Wahlkreises ein, sondern für die Rechte Aller ein.

Deshalb war es nicht verwunderlich, dass zu der Eröffnung viele Menschen kamen, welche die Arbeit von Azize Tank schätzen und noch aus der Zeit als sie Migrant_innen-Beauftragte von Charlottenburg/Wilmersdorf aktiv war kennen.

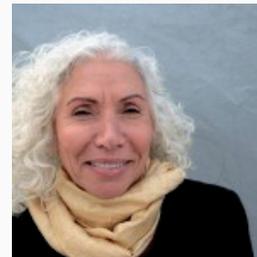
Gregor Gysi unterstrich in seinem Grußwort, dass Azize Tank aufgrund ihres langjährigen Engage-

ments eine wichtige Unterstützung der Bundestagsfraktion DIE LINKE. darstellt.

Petra Pau wies auf die Durchsetzungskraft von Azize Tank, bei der Bearbeitung der wichtigen sozialen Themen hin.

An dem Fest nahmen mehr als 100 Menschen aus dem Wahlkreis teil und feierten zwischen anmutigen Liedern russischer Volksmusik und orientalischen Saz-Klängen.

Mehr unter: <http://www.azize-tank.de>



Azize Tank (MdB)
Telefon: (+4930) 227 7785 1
Telefax: (+4930) 227 7685 1

Wahlkreisbüro

Grunewaldstr. 73

10823 Berlin

Telefon: (030)

98 354 777

E-Mail: azize.tank.wk@bundestag.de

wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mieter-Aufruf: Gentrifizierung - Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welchem Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht.

Deswegen bitten wir Sie um Informationen: Wo werden aufwändige Sanierungen geplant, verbunden mit der Ankündigung erheblicher Mietsteigerungen? Wo werden ganze Häuser „leergezogen“ um grundzusanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln? Wo werden Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt oder bereits als solche genutzt? Wo werden die weitgehenden Mieterhöhungsspielräume extrem ausgenutzt? Wo werden Wohnungswechsel zu extremen Mieterhöhungen genutzt? Wo müssen Hartz-IV-

Haushalte Wohnungen räumen, weil sie eine Aufforderung des JobCenters erhielten, ihre Mietkosten zu senken?

Wir wollen Ross und Reiter nennen, weil wir nicht nur aus nüchternen Statistiken die Änderung der Lebensumstände von so vielen Menschen in unserem Bezirk bewerten wollen. Wir wollen diese Erfahrungs- und Wissenssammlung in politische Initiative umsetzen: krasse Fälle öffentlich machen, die Vernetzung und den Widerstand unterstützen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene parlamentarische Initiativen anstoßen.

Helfen Sie uns dabei!

Mieter-Notrufe an: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98

Per E-Mail an Linke.BVV.TS@googlemail.com

oder per Post an: DIE LINKE, Feurigstraße 68,

10827 Berlin

Impressum Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg, Konto: 525 607 806, Berliner Bank, BLZ: 100 708 48, Erscheinungsweise: 10-12x jährlich Auflage: 1.000 Exemplare, V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Carsten Schulz, Layout: Grace Irazoque, Druck: Bunter Hund; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/r Autors/In wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. **Textabgabe-Termin ist jeden 15. des Monats**, für die Juni-Juli Nummer war sie am 15.06.2014., **Juni-Juli 2014 Planung:** 06.05.2013. **Juni-Juli Schlussredaktion:** 29.06.2014., **August 2014 Planung** 03.07.2014 und **August-Schlussredaktion** 23.07.2014 nur nach Absprache! Diese Nummer erscheint auch **online** voraussichtlich am 2.07.2014, in Druckversion erscheint sie am 5.07.2014.

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/